

Senioren: Entscheidende Wählerschicht für die Volkspartei CDU

Von Leonhard Kuckart

In Deutschland leben derzeit gut 80 Millionen Menschen. Nach Prognosen des Statistischen Bundesamtes werden es im Jahr 2050 nur noch gut 75 Millionen Menschen sein. Die Hälfte der Bevölkerung wird dann älter als 46 sein, ein Drittel 60 Jahre alt oder älter. In Nordrhein-Westfalen leben heute rund 18 Millionen Menschen. 2025 werden es rund 500.000, 2050 rund zwei Millionen Menschen weniger sein. Schon für 2010 wird erwartet, dass die über 65-Jährigen in unserem Land erstmals zahlreicher als die unter 20-Jährigen sein werden. Heute leben rund 770.000 Menschen in unserem Land, die über 80 Jahre alt sind. Bis 2020 wird sich ihre Zahl verdoppeln und bis 2050 auf dann rund 2,2 Millionen Menschen verdreifachen.

Der demografische Wandel ist eine der großen gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit. Gesellschaft und Politik haben sich nur sehr unvollkommen und zögerlich darauf vorbereitet. Und auch in der Wirklichkeit angekommen fällt es noch schwer, die Entscheidungen zu treffen, die dringend geboten sind. Wir werden uns alle vom materiellen Wohlstand ein Stück verabschieden müssen und wir werden auch nicht mehr im bisherigen Umfang staatliche Hilfe erwarten dürfen. Die veränderte Bevölkerungsstruktur zwingt uns zu einer gänzlich neuen Politik.

Reformpolitik im Bereich der Sozialsysteme

Um die unübersehbaren Risiken des demografischen Wandels im Bereich der Sozialsysteme – Rente, Gesundheit, Pflege – zu meistern, bedarf es einer zukunftsorientierten Reformpolitik. Alle Erfahrungen lehren aber, dass es politisch fast unmöglich ist, Reformen zu beschließen, die die Zukunft der Gesellschaft – also die Zukunft der Enkelgeneration – sichern. Die Politik tut sich schwer, wie es der ehemalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker wie folgt formulierte: „Was könnte einen aktiven Politiker dazu bewegen, den Menschen reinen Wein einzuschenken, die Wahl zu verlieren und in 20 Jahren Recht zu bekommen?“ Und antwortete selbst: „Nichts, rein gar nichts kann ihn dazu bewegen!“

Auch das Wahlvolk tut sich damit schwer, denn die Reformen bedeuten ein Stück Verzicht in der Gegenwart. Da aber der älteren Generation die Zukunft der Enkel besonders am Herzen liegt, besteht die große Chance, die älteren Menschen von den dringend gebotenen Reformen zu überzeugen. Und da diese Bevölkerungsgruppe die Wahlen sehr stark beeinflusst und bestimmt, kann sie der stabilisierende Faktor der notwendigen Reformpolitik sein. Senioren machen Politik aus Überzeugung und sind nicht abhängig von Mandaten.

Es ist richtig, dass wir den demografischen Wandel diskutieren. Es ist allerdings noch wichtiger, die Folgen des Wandels zu akzeptieren und die richtigen Erkenntnisse zu gewinnen. Ohne die aktive Mitarbeit der älteren Generation sind die Probleme und Herausforderungen nicht zu lösen. Diese neue Situation irritiert die ältere Generation selbst, sie irritiert aber auch die, die bisher allein bestimmt haben. Diese neue Situation ist in der Tat gewöhnungsbedürftig, aber nur gemeinsam werden wir es schaffen, Lösungen für kommende Herausforderungen zu finden und zu erarbeiten. Wir, die Älteren und damit auch die Senioren-Union, sind wieder mitten in der Gesellschaft, mitten in der Politik und mitten in der CDU angekommen. Wir sind ein Teil dieser großen Volkspartei und wir werden zunehmend ein immer wichtigerer Teil der CDU. Wir als Senioren-Union wollen und werden das Gesicht der CDU mitprägen müssen, damit die CDU auf Dauer mehrheitsfähig ist.

Senioren als Wählerschicht immer wichtiger

Wenn wir unsere gesellschaftlichen Probleme lösen wollen, müssen wir alles daran setzen, die ältere Generation wieder zu aktivieren. Wir dürfen sie nicht aus der Gesellschaft ausgrenzen und sie damit unfreiwillig zu einer Last der Gesellschaft werden lassen. Der größte Teil der Senioren ist fit und gesund und durchaus noch in der Lage, Leistungen für die Gesellschaft zu erbringen. Die Politik und mit ihr die politischen Parteien müssen das erkennen. Wir brauchen ein Umdenken, nicht nur inhaltlich, sondern auch organisatorisch: Die Älteren in unserer Gesellschaft und in den Parteien müssen stärker wahrgenommen und stärker eingebunden werden in politische Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse. Vor dem Hintergrund

des demografischen Wandels und der sich deutlich verändernden Bevölkerungsstruktur ist es von großer Bedeutung, dass die Parteien und die Politik dies stärker als bisher verinnerlichen und in ihrem Handeln deutlicher machen als in der Vergangenheit.

Fakt ist, dass die Senioren als Wählerschicht in Zukunft für die Parteien immer weiter an Bedeutung zunehmen werden. Die Diskussionen darüber, wie dieser Umstand auf politischer Ebene stärker berücksichtigt werden könnte, sollte in aller Sachlichkeit geführt werden. Extreme Positionen wie „Alle Macht den Senioren“ oder die Forderung nach einer Änderung des bestehenden Wahlrechts, um die angeblich zu große politische Machtfülle der Senioren einzuschränken, sind völlig verfehlt und helfen nicht weiter. Was unsere Gesellschaft braucht ist ein enger konstruktiver Dialog der Generationen, um einen möglichst breiten Konsens zwischen Jung und Alt bei der Bewältigung der Herausforderungen herzustellen, die der demografische Wandel mit sich bringt. Dieser Dialog muss von den politischen Parteien und ihren Vereinigungen organisiert werden. Es ist ihre ureigene Aufgabe und im Grund- bzw. Parteiengesetz festgelegt, dass sie den politischen Willensbildungsprozess in unserer Gesellschaft gestalten und die gesellschaftlichen Interessen aufnehmen und artikulieren sollen. Junge und ältere Menschen müssen wieder mehr für Politik interessiert werden. Hier brauchen wir Politikangebote auf der Höhe der Zeit, um der allgemeinen und steigenden Politikverdrossenheit, vor allem bei Jugendlichen, entgegen zu wirken.

Jugendparlamente fördern

Der 1. Jugend-Landtag NRW im Juni 2008 ist ein hervorragendes Beispiel dafür, wie man Interesse an Politik und Demokratie wecken kann. Interessant dabei war die Tatsache, dass die Jugendlichen sich für eine stärkere politische Beteiligung junger Menschen vor Ort und eine verpflichtende Einführung von Jugendparlamenten in den Kommunen ausgesprochen haben. Der Trend heute geht dahin, dass Menschen, die ein politisches Engagement in Erwägung ziehen, auch einen persönlichen Nutzen dadurch haben wollen. Sie wollen etwas bewirken, mitentscheiden und Einfluss nehmen.

Das gleiche gilt auch für ältere Menschen in den Städten und Gemeinden. Seniorinnen und Senioren sind in immer stärkerem Maße daran interessiert, das Gemeinwesen mit zu gestalten und bereit, Verantwortung gegenüber der eigenen Generation sowie gegenüber den nachwachsenden Generationen zu übernehmen. Engagement braucht Partizipation und Partizipation schafft Engagement. Die Entscheidungsträger und Verantwortlichen in den Kommunen sollten vor diesem Hintergrund die Beteiligungsmöglichkeiten für Ältere verbessern, fördern und ausbauen. Vor allem im Bereich des Ehrenamts besteht großes Potential, wo Ältere ihre Erfahrungen, ihre Kompetenzen und ihre Zeit einbringen könnten. Die Parteien und Vereinigungen, ich nenne hier die CDU und die Senioren-Union, sollten sich vor Ort für eine stärkere Beteiligung der älteren Generation insgesamt im Rahmen der Meinungsfindungs- und Entscheidungsprozesse der Verantwortlichen stark machen und gemeinsam Konzepte entwickeln. Kommunalpolitik kann die demografischen Herausforderungen bewältigen, wenn sie die Bürgerinnen und Bürger in den politischen Prozess einbezieht. Kooperative Politikformen müssen deshalb stärker als bisher kommunalpolitisches Handeln bestimmen.

Langfristig werden viele Kommunen sinkende Bevölkerungszahlen zu verzeichnen haben. Insofern muss die Bevölkerungsentwicklung zu einem zentralen Motiv kommunalpolitischen Handelns werden. Kommunen müssen sich beschäftigen mit Fragen des Umbaus von Städten und Regionen, der kosteneffizienten Bestandsentwicklung, der Revitalisierung und der qualitativen Entwicklung. Statt prestigeträchtiger Neubauten werden zunehmend intelligente Konzepte des Umbaus und der Umwidmung vorhandener Infrastruktur gefragt sein.

Flexible Netzwerke aufbauen – Kontakt zum vorpolitischen Raum suchen

Die CDU als Volkspartei muss Vorreiter sein bei der Gestaltung des demografischen Wandels und einer aktiven und zukunftsgerichteten Seniorenpolitik. Auch weil sie wie die anderen Parteien mit dem Problem zu kämpfen hat, Bindungen in den vorpolitischen Raum zu knüpfen und aufrechtzuerhalten und weil immer weniger Menschen sich langfristig an eine Partei binden wollen, müsste die CDU mit Hilfe ihrer Vereinigungen und dem

Aufbau von flexiblen Netzwerken wieder verstärkt den Kontakt zum vorpolitischen Raum suchen. Und wer, wenn nicht die Senioren-Union, könnte die Mutterpartei CDU dabei tatkräftig unterstützen. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass die CDU die Senioren-Union ernst nimmt und die Senioren-Union auch angemessen und verhältnismäßig berücksichtigt wird, wenn es um die Vergabe von Mandaten oder aussichtsreichen Listenplätzen geht. Dies ist von entscheidender Bedeutung, um vor allem die Wählerschicht der älteren Generation für sich zu gewinnen. Denn nichts ist glaubwürdiger und schafft mehr Vertrauen, als wenn sich Senioren auch für Senioren engagieren, Senioren sich gegenseitig helfen und unterstützen.

Einige Zahlen sollen beispielhaft verdeutlichen, welche Bedeutung die ältere Generation für die CDU im Bund und in Nordrhein-Westfalen hat: Das Durchschnittsalter der Mitglieder der CDU in Nordrhein-Westfalen beträgt rund 57 Jahre, also drei Jahre unter dem Alter, mit dem man in die Senioren-Union eintreten kann. Die CDU im Bund hat rund 530.000 Mitglieder, davon sind ca. 163.000 über 60 Jahre alt. Die Senioren-Union der CDU Deutschlands hat knapp 59.000 Mitglieder. Die Zahlen belegen, welches Potential die CDU bei der älteren Generation noch ausschöpfen könnte. Hier gilt es, den Hebel anzusetzen.

CDU muss das Potential der Älteren endlich ausschöpfen

Rund 25.000 Menschen sind derzeit Mitglied in der Senioren-Union der CDU Nordrhein-Westfalen. Mehr als 60 Prozent unserer 25.000 Mitglieder sind auch Mitglied der CDU. Die CDU Nordrhein-Westfalen hat rund 165.000 Mitglieder, davon sind über 50 Prozent über 60 Jahre alt, nämlich gut 87.000. Das heißt, fast jeder Zweite gehört derjenigen Generation an, deren Interessen von unserer Vereinigung, der Senioren-Union, im Besonderen vertreten werden. Vor diesem Hintergrund ist es dringend geboten, dass die Partei im Rahmen der Kandidatenauswahl für politische Mandate die Interessen der älteren Generation angemessen berücksichtigt.

Wenn die CDU in Nordrhein-Westfalen auch in Zukunft im Zeitalter des demografischen Wandels Mitglieder- und Volkspartei bleiben will, muss sie neben der jüngeren vor allem auch die ältere Generation an der Gestal-

tung des demografischen Wandels aktiv beteiligen. Sie muss sich auf der einen Seite natürlich weiterhin um den politischen Nachwuchs kümmern, aber auf der anderen Seite gemeinsam mit der Senioren-Union der älteren Generation, also den Menschen über 60 Jahre, in den Kommunen gezielte Angebote der Mitarbeit machen. Mitgliederwerbung und Partizipationsangebote dürfen sich nicht nur auf die Zielgruppen unter 60 Jahre beschränken.

Es gibt viele ältere Menschen, die politisch sehr interessiert sind und Kontakt zu Gleichgesinnten suchen, im Grundsatz aber nur relativ wenig Möglichkeiten haben, sich politisch aktiv vor Ort in den Kommunen zu engagieren. Hier ist vor allem die Senioren-Union der CDU gefragt, da sie die einzige seniorenpolitische Vertretung der politischen Parteien in Deutschland ist, die in der Öffentlichkeit als Interessenvertreter der älteren Generation wahrgenommen wird. Wir müssen die älteren Menschen „abholen“, die nicht nur Kommunikationsplattformen oder gesellschaftlichen Kontakt suchen, sondern auch politisch aktiv sein wollen. Voraussetzung dafür ist aber auch, dass die Senioren-Union als Vereinigung der CDU vor Ort in den Kommunen politischer wird und sich aktiver an der Gestaltung der örtlichen Rahmenbedingungen beteiligt als bisher.

Martfelder Schlossgespräche

Wir haben schon in den vergangenen Jahren immer wieder versucht, sachpolitisch Einfluss zu nehmen. So hat die Senioren-Union der CDU in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2001 die „Martfelder Schlossgespräche“ in der Stadt Schwelm ins Leben gerufen. Die „Martfelder Schlossgespräche“ dienen dazu, alljährlich ein bestimmtes seniorenpolitisches Thema aufzugreifen und dieses Thema dann mit Hilfe von Fachreferenten in den Fokus der politischen Debatte und unserer Gesellschaft zu rücken.

Zu jedem „Martfelder Schlossgespräch“ hat die Senioren-Union eine Broschüre herausgegeben, in der die Vorträge der Fachreferenten und weitere Beiträge im Rahmen der jeweiligen Veranstaltung wie z.B. einleitende Grußworte veröffentlicht worden sind. Dabei reicht die Bandbreite der seniorenpolitischen Themen von der Alterssicherung, dem Gesundheitswesen,

dem Verhältnis der Generationen zueinander bis hin zu den Themen Produktivität im Alter und den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen des demografischen Wandels, aber auch den Chancen, die sich einer alternierenden Gesellschaft in Zukunft bieten werden. Da die „Martfelder Schlossgespräche“ sehr großes Interesse hervorgerufen haben, hat die Senioren-Union der CDU in Nordrhein-Westfalen entschieden, alle Beiträge gemeinsam in einem großen Sammelband zu veröffentlichen. Wir wollen mit diesem Buch auch politisch ein Zeichen setzen und auf seniorenpolitische Themen aufmerksam machen, die nicht unbedingt im Fokus der Öffentlichkeit und der medialen Berichterstattung stehen.

In Zukunft werden wir unsere Anstrengungen aber noch wesentlich verstärken müssen. Selbstverständlich werden wir uns auch aktiv in alle Wahlkämpfe einschalten und für die CDU werben. In diesem Zusammenhang erinnere ich an den nordrhein-westfälischen Landtagswahlkampf 2005. Wir Senioren haben diesen Wahlkampf mit acht Großveranstaltungen und mehr als einhundert kleineren Veranstaltungen besonders geprägt. Wir haben erreicht, dass 54 Prozent der über 60-Jährigen unsere Partei CDU gewählt haben, und zwar bei einer überproportionalen Wahlbeteiligung. Auf diese Anstrengungen ist nicht zuletzt der großartige Wahlerfolg der CDU Nordrhein-Westfalen zurückzuführen.

Generationenausschüsse auf kommunaler Ebene

Die Generationen in Partei und Gesellschaft können gemeinsam viel erreichen, zudem ist es wesentlich öffentlichkeitswirksamer, wenn Jung und Alt gemeinsam für Ziele und Interessen streiten. Die CDU, die Junge Union und die Senioren-Union sind hier gefordert, diesen Prozess und diese Zusammenarbeit auch organisatorisch zu ermöglichen. Eine „Union der Generationen“ in den Städten und Gemeinden hätte eine positive Signalwirkung in die gesamte Gesellschaft hinein, aber auch für die CDU und ihre Vereinigungen wie die Junge Union und die Senioren-Union. Gerade weil der demografische Wandel uns alle vor vielfältige Herausforderungen stellt, wäre eine verstärkte Integration der Jungen und Alten und eine Zusammenarbeit von Jung und Alt auf kommunaler Ebene eine Riesenchance, die man nutzen sollte. Beispiele hierfür sind die Einführung von

Jugendparlamenten oder Generationenausschüssen. Seniorenbeiräte alleine werden der wachsenden Bedeutung der älteren Generation nicht mehr gerecht. Senioren müssen politische Sachverhalte mitentscheiden, nicht nur beraten. Hierfür sollten sich CDU und Senioren-Union verstärkt einsetzen. Wir brauchen in den Kommunen eine neue Politik für mehr Verantwortung und mehr Partizipation durch Jung und Alt.

Auf Landesebene, in Nordrhein-Westfalen, arbeiten Junge Union und Senioren-Union eng und konstruktiv miteinander zusammen. Dies würde ich mir auch flächendeckend für die kommunale Ebene in Nordrhein-Westfalen wünschen. Es gibt durchaus gemeinsame Interessen und Positionen von Jung und Alt, man muss sie nur ausloten. Jung und Alt haben ein großes Interesse am Zusammenhalt unserer Gesellschaft, hier kann die Politik, hier können die Parteien und ihre Vereinigungen ein positives Signal an die Gesellschaft senden. Sie müssen den gemeinsamen Dialog organisieren, fördern und ausbauen. Das wäre ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

Die Senioren-Union hat innerhalb der Volkspartei CDU eine besondere Aufgabe, die satzungsgemäß bestimmt ist. Auf der einen Seite hat sie die Interessen der älteren Bevölkerung in die CDU hineinzutragen, und auf der anderen Seite hat sie die Politik der CDU in die Zielgruppe der über 60-Jährigen, also in die ältere Bevölkerung, zu vermitteln. Vor diesem Hintergrund reicht es nicht aus, wenn sich die Senioren-Union darauf beschränkt, bei Wahlen Plakate zu kleben, auf Straßen, Plätzen und Märkten zu stehen und die Versammlungen zu füllen. Und es reicht auch nicht aus, dass wir als Senioren-Union die Politik passiv mittragen. Es ist im Interesse der CDU und im Interesse unserer Gesellschaft, dass wir als Senioren-Union die Politik aktiv mitgestalten und Verantwortung übernehmen.